„Es war Dienstag, der zweite Februar 1988 …“

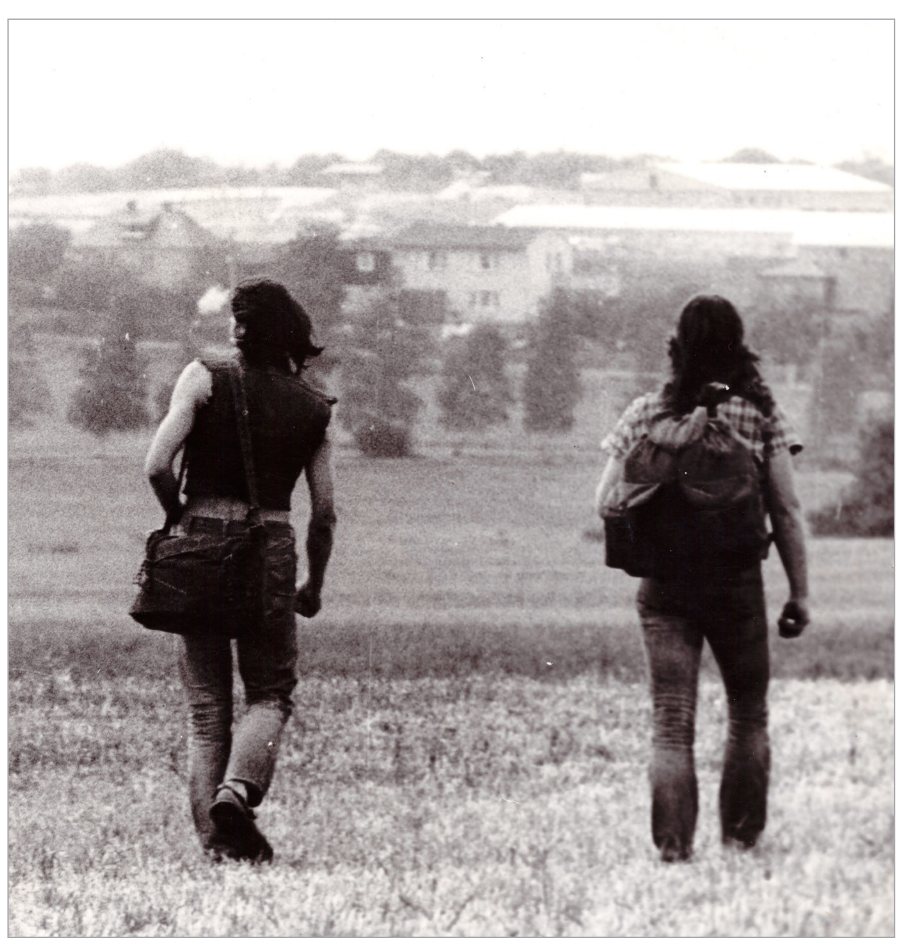
Eine fast vergessene Demonstration für Meinungsfreiheit und Menschenrechte in Naumburg

Mein Weg nach Naumburg

Naumburg in den 1980er Jahren. Ein scheinbar verschlafenes Nest. Tiefste DDR-Provinz. Verfallene Häuser. Natürlich gab es den Dom und in der Umgebung die Weinberge. Aber ansonsten war doch hier nur tote Hose. Oder?

Ich kam Frühjahr 1983 in die Stadt. „*In der DDR gab es neben den Theologischen Fakultäten an den Universitäten drei Kirchliche Hochschulen für die Ausbildung von evangelischen Theologen.* […] *Die Kirche musste auch jenen jungen Christen eine Chance bieten, denen der Zugang zum Universitätsstudium verwehrt wurde.* […] *Die SED hat das ‚Katechetische Oberseminar Naumburg' (1949–1993) nie als Hochschule anerkannt und betrachtete es als illegal. Die Kirche garantierte hier jedoch eine volle akademische Ausbildung.*“[1]

Doch das Theologiestudium wurde mir wahrlich nicht in die Wiege gelegt. Ich wuchs systemkonform auf, hatte Funktionen innerhalb der Freien Deutschen Jugend (FDJ) und hätte eine steile Staatskarriere machen können. Die ersten biografischen Brüche mit Ideologie und Praxis des DDR-Regimes erfolgten in meiner Jugend. Ich stieg in die Tramperszene ein. Diese ostspezifische Jugendkultur verstand sich zwar als links, orientierte sich aber an den anarchischen Idealen der westlichen Hippiebewegung. Die Tramper standen faktisch in Opposition zur Moral und Praxis der realsozialistischen Gesellschaft. Ihr Bezug auf Ideen des Pazifismus und der Neuen Linken, ihre Sehnsucht nach Offenheit und kultureller Freiheit führte zu einer Konfrontation mit dem herrschenden SED-System. Die Ablehnung des offiziellen Atheismus' förderte meine Suche nach spirituellen und religiösen Erfahrungen. Diese fand ich in den Kirchen. Wie viele andere zu der Zeit auch, wurde ich in der Tramperszene politisiert. Die allmählich entstehenden Sub- und Jugendkulturen innerhalb der DDR – später vor allem die Punk-Szene – führten oft direkt in den politischen und kulturellen Untergrund.



Auf der Suche nach anderen Lebensweisen: Die Tramperszene in der DDR. Aufnahme am Rande des Motorsportrennens Schleizer Dreieck, um 1977. Foto: Michael Kleim

Die letzten Anstöße zum Umdenken brachten mir meine 18 Monate Wehrpflicht bei der Bereitschaftspolizei. Die Erfahrungen mit dem brutalen militärisch-kasernierten Alltag führten zum endgültigen Bruch mit dem System. War ich zuvor ein Kritiker der SED, so wurde ich nun zu ihrem Gegner. Zudem hatte ich in dieser Zeit entscheidende Erfahrungen mit Gebet und Bibellesen gemacht.

Deshalb nahm ich nach meiner Rückkehr sofort Kontakt mit der evangelischen Kirche auf. Im Alter von 22 Jahren ließ ich mich taufen. Einen künftigen Militärdienst, der in der DDR jederzeit durch Einberufung als Reservist drohte, lehnte ich aus Gewissensgründen ab. Dies teilte ich auch dem zuständigen Wehrkreiskommando mit. Damit war für mich jegliches Studium, auch das der Theologie, an allen staatlichen Universitäten der DDR verbaut.

Mein Traum: unabhängig studieren

Mich machte mein Pfarrer auf die Kirchlichen Hochschulen aufmerksam. In der DDR gab es damals drei kirchlich finanzierte und dadurch eigenständige Ausbildungsstätten mit Hochschulcharakter: das Sprachenkonvikt in Ost-Berlin, das Theologische Seminar in Leipzig und das Katechetiche Oberseminar in Naumburg. Ich hatte ja keine Ahnung, dass es so etwas überhaupt gab. Ich be-

warb mich in Naumburg, und mit dem Frühjahrsemester 1983 war ich Theologiestudent. Vor einer Einberufung zum Reservistendienst war ich nun relativ geschützt. Zusätzlich eröffnete sich mir eine faszinierende und neue Welt. Das Studium in Naumburg stellte aber auch hohe Ansprüche an Selbstständigkeit und Selbstverwaltung. Hier lernte ich unmittelbar, wie demokratische Abläufe funktionieren (können), denn die Studentenschaft wurde in die Entscheidungen der Hochschule aktiv eingebunden. Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Themen, die in der DDR-Öffentlichkeit ansonsten tabuisiert waren – zum Beispiel der Stalinismus –, wurde hier möglich. So war es kein Wunder, dass von Studentinnen und Studenten, die Obersseminaristen genannt wurden, immer wieder gesellschaftskritische Impulse und Aktionen ausgingen.



Wilhelm-Pieck-Platz 11, Gebäude am Naumburger Markt, 1987. Hier befand sich in den 1980er Jahren eine kreative Wohngemeinschaft, die zum Treffpunkt für Unangepasste wurde. Es fanden unter anderem selbstorganisierte Veranstaltungen, wie Lesungen, Vorträge und Diskussionsabende, statt. Auch die Demonstration für Meinungsfreiheit und Menschenrechte am 2. Februar 1988 ging von hier aus.
Quelle/Foto: Stadtarchiv Naumburg (FS, Nr. 94b)

Die Protestszene der Saalestadt

Auch in dem vermeintlich verschlafenen Provinznest Naumburg gab es eine sehr aktive Protestszene. Kritische Geister versammelten sich in der Evangelischen Studentengemeinde (ESG), im Friedenskreis und in einer Umweltgruppe. Vieles lief über persönliche und freundschaftliche Kontakte. Neben Oberseminaristen gehörten auch Schüler*innen des Kirchlichen Proseminars, eines von der Evangelischen Kirche getragenen Gymnasiums, dazu. In den Naumburger Oppositionsgruppen waren gleichberechtigt Jugendliche aus der evangelischen Jungen Gemeinde, katholische Christen, aber auch erklärte Atheisten engagiert, ebenso wie Lehrlinge und eine kleine Anzahl an jugendlichen Punks und Grufties. Dazu kamen noch Künstler*innen, schwul-lesbische Aktivist*innen, Buchhändler*innen oder Menschen aus ganz verschiedenen Berufen. Es bestand sogar Kontakt zu SED-Genossen, die sich zu ihrer eigenen Partei in Opposition verstanden. Die Naumburger Protestszene war zwar überschaubar, dafür aber bunt, lebendig und kreativ. Von ihr gingen unter anderem folgende Initiativen und Aktionen aus:

- 1978 – Offener Brief gegen die Einführung des Wehrunterrichtes an Schulen.
- 1982 – Teilnahme an der 1. Mai-Demonstration mit eigenen Plakaten (Ergebnis: Festnahmen und Verhöre).
- 1983 bis 1987 – Widerstand gegen die Militarisierung von Kindern durch eine Arbeitsgemeinschaft „Junger Tankisten“ (mit fahrbaren Nachbauten von Panzern und Militärfahrzeugen) und einer „Pionierpanzerbrigade“ in Naumburg.
- 1986 – Initiative zur Abschaffung der Todesstrafe in der DDR.
- Während der 1980er Jahre – Förderung blockübergreifender Kontakte als Form demokratischer Bürgerdemokratie, Anregung zu persönlichen Friedensverträgen und zur Ermöglichung von echten Ost-West-Städtepartnerschaften.

Standen zu Beginn vor allem Themen der unabhängigen Friedens- und Umweltbewegung im Mittelpunkt, so gewannen für uns zunehmend Fragen nach Demokratie und Menschenrechten an Bedeutung. Die Aufarbeitung der Verbrechen der Stalin-Ära wurde in Naumburg aktiv betrieben. In der 1988 gegründeten landesweiten „Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte in der DDR“ wurde eine Naumburger Kontaktadresse genannt.

Ein wichtiger Treffpunkt der Szene befand sich am Naumburger Markt 11, damals Wilhelm-Pieck-Platz, heute „Hotel Stadt Aachen“. Hier lebte eine Wohngemeinschaft, die ihre Räume für Beratungen, subversive Zusammenkünfte und klandestine Veranstaltungen, wie Lesungen, Diskussionsabende, Puppenspielaufführungen oder kleine Konzerte, zur Verfügung stellte. Von diesem Ort ging am 2. Februar 1988 auch die Demonstration aus, die im Folgenden näher beschrieben wird.

Naumburg – Knotenpunkt für Dissidentengruppen

Die Naumburger organisierten Treffen, welche die landesweit verstreuten Oppositionsgruppen in der DDR vernetzen sollten. Vertreter von Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen kamen in der Saalestadt zusammen, um über gemeinsame Strategien und Aktionen zu beraten. Enger Kontakt bestand vor allem zur Gruppe „Frauen für den Frieden“, dem „Arbeitskreis Solidarische Kirche“ (AKSK) und der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ (IFM) aus Ost-Berlin. Über diese Schnittstellen brachten sich Naumburger Dissidenten auch in den Samisdat (Untergrundpublikationen) wie die Zeitschriften „Grenzfall“ oder „Glasnot“ ein.

International war man von Naumburg aus mit England (European Nuclear Disarmament (END), Campaign for Nuclear Disarment (CND) und War Resisters International (WRI)), den Niederlanden (Interkerkelijke vredesberaad (IKV)), Kanada (Friedensforscher Hans Sinn), der Bundesrepublik (Partei „Die

Grünen“ und Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)), der ČSSR (Charta 77) sowie mit Gruppen in Ungarn und Polen verbunden. Wichtige Diskussionsbeiträge über den Weg einer friedlichen Überwindung der politischen und militärischen Machtblöcke und eine neue europäische Ordnung kamen in den 1980er Jahre unter anderem aus Naumburg. Dabei wurde auch, was damals eher die Ausnahme bildete, die sogenannte „deutsche Frage“ einbezogen, die das Verhältnis und die Zukunft der beiden deutschen Staaten hinterfragte. Für die weitere Schilderung kann ein Liedvers von Matthias Meyer stehen, der das Geschehen Anfang 1988 für eine musikaliche Verarbeitung nutzte:

„Es war Dienstag, der zweite Februar,
ein ganz besondrer Tag.
Zum ersten Mal im Leben kriminell
Und nur, weil man die Wahrheit sagt.“

Ein Stasi-Telegramm am Tag danach

Am 3. Februar 1988 sandte die Bezirksverwaltung Halle des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) ein internes, dringliches Telegramm an Generalmajor Kienberg, Leiter der Hauptabteilung XX des MfS in Ost-Berlin. Darin stand: *„Durch zuverlässige IM* [Inoffizielle Mitarbeiter] *wurde bekannt, daß am 2. 2. 1988 durch Seminaristen des KOS* [Katecheticshes Oberseminar] *Naumburg auf dem Marktplatz in Naumburg Protest gegen die staatlichen Maßnahmen (Manifestationen am 17.1.1988 in Berlin) in demonstrativer Absicht bekundet werden sollte.* […] *Gegen 16.30 Uhr versammelten sich 15 Seminaristen des KOS in der Mitte des Wilhelm-Pieck-Platzes (Marktplatz) und vermummten ihre Gesichter mit Tüchern.“* Zur Verlesung einer Erklärung, von der Stasi als „Pamphlet“ bezeichnet, kam es nur zum Teil. Der Marktplatz war bereits durch Polizisten und Stasi-Mitarbeiter vollständig abgeschirmt.

Was war geschehen?

Tatsächlich fand an jenem 2. Februar 1988 in Naumburg eine der wenigen Demonstrationen statt, die von der politischen Opposition zwischen dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 und dem Herbst 1989 ausgingen. Auslöser für die Widerstandsaktion war zu Beginn die

Naumburg, den 2.2.1988

Ich schwieg eine lange Zeit,
war still und hielt an mich.
Nun aber will ich schreien
wie eine Gebärende ;
Ich will laut rufen und schreien.
Jes. 42, 14

Wir machen von unserem verfassungsmäßig garantierten Recht der Gewissens- und Meinungsfreiheit Gebrauch.

Der Staat garantiert Achtung und Schutz der Würde und Freiheit der Persönlichkeit. (Verfassung der DDR Art. 19/2)

Damit übernimmt der Staat die Verpflichtung:

- objektiv und umfassend über alle die Geselschaft und das menschliche Zusammenleben betreffenden Ereignisse zu informieren ;
- den Menschen alle Möglichkeiten einzuräumen in Verwirklichung ihrer Freiheit direkt, unmittelbar und öffentlich an geselschaftlichen Problemdiskussionen, Vorgängen und Entscheidungen teilzunehmen ;
- jeder in konstruktiver Absicht vorgebrachten Meinungsäußerung Achtung und Unvoreingenommenheit entgegenzubringen und diese vor Entstellung zu schützen.

Bezugnehmend auf die Ereignisse in Berlin und in anderen Städten der DDR und aufgrund eigener Erfahrungen müssen wir feststellen, daß o.g. Rechte nicht gewährleistet sind.

Wenn wir uns in unserem Selbstverständnis als mündige Bürgerinnen und Bürger mit unserem Anliegen an die Öffentlichkeit wenden, möchten wir das nicht als "staatsfeindliche Provokation" oder "antisozialistische Propaganda", sondern als zeichenhafte, bewußt gewaltfreie Handlung verstanden wissen.
Jeder Einzelne von uns hat sich durch die persönliche Betroffenheit über die offensichtlichen Mißstände zu diesem Schritt entschlossen.

Ein Exemplar der Erklärung vom 2. Februar 1988. Nur wenige Minuten nach Beginn der Demonstration auf dem Naumburger Marktplatz wurden alle Demonstrierenden durch „Sicherheitskräfte“ aus Polizei und Staatssicherheit „zugeführt“. Quelle: Archiv Christian Dietrich

Absicht, sich im öffentlichen Raum mit inhaftierten Dissidenten zu solidarisieren. Im Umfeld der offiziellen Liebknecht-Luxemburg-Demonstration am 17. Januar 1988 in Ost-Berlin, die jährlich als „Kampfdemonstration“ im Gedenken an die Ermorderung an Karl Liebkneckt und Rosa Luxemburg im Januar 1919 stattfand, war es zu verstärkten Repressionsmaßnahmen, Hausarresten und Verhaftungen gegen kritische und unbequeme Bürger*innen gekommen.

Zu den Betroffenen der MfS-Aktion „Störenfried“ gehörten unter anderen namenhafte Oppositionelle wie Bärbel Bohley, Freya Klier, Stephan Krawczyk, Vera Lengsfeld, Lotte und Wolfgang Templin, Ralf Hirsch und Werner Fischer sowie viele weitere Bürgerrechtler*innen. Einige der Verhafteten wurden sofort in den Westen abgeschoben, um sich gleichzeitig ihrer Kritik zu entledigen. Da die in Naumburg agierenden Gruppen persönlich und strukturell eng

EINGANG | chiffriert | **TELEGRAMM** (Nichtzutreffendes streichen) | ~~offen~~ | AUSGANG

Dringlichkeit: Flugzeug   Fu/FS-Nr.: 002147

Absender: BV Halle, 1. Stellvertreter des Leiters, Gen. Schöppe

Empfänger: MfS Berlin, HA XX/Leiter, Gen. Generalmajor Kienberg

BStU 000023

Halle, den 3. 2. 1988

Durch zuverlässige IM wurde bekannt, daß am 2. 2. 1988 durch Seminaristen des KOS Naumburg auf dem Marktplatz in Naumburg Protest gegen die staatlichen Maßnahmen (Manifestation am 17. 1. 1988 in Berlin) in demonstrativer Absicht bekundet werden sollte. Als möglicher Zeitraum dieser Aktivitäten wurde 16.00/17.00 Uhr angegeben.

Mit dem Ziel der vorbeugenden Verhinderung dieser geplanten Aktivitäten erfolgte in Abstimmung mit der DVP der Einsatz operativer Kräfte. Gegen 16.30 Uhr versammelten sich 15 Seminaristen des KOS in der Mitte des Wilhelm-Pieck-Platzes (Marktplatz) Naumburg und vermummten ihre Gesichter mit Tüchern. Der Seminarist

Kleim, Michael
OPK "Verstoß" KD Naumburg
(u. a. Mitglied des AKF der ESG Naumburg, Mitorganisator der Koordinierungstreffen der ESG'n in der DDR und Mitunterzeichner einer Eingabe betreffs Tschernobyl)

begann ein Pamphlet zu verlesen, indem eine Solidarisierung mit den Inhaftierten ausgesprochen und der Staat wegen Unterdrückung des verfassungsmäßigen Techtes auf Gewissens- und Meinungsfreiheit angeklagt wird.

Nach ca. 2 Minuten des demonstrativen Aufenthaltes des Personenkreises erfolgte die Auflösung und sofortige Zuführung zum VPKA Naumburg, was ohne Zwischenfälle realisiert wurde.

Im Ergebnis der Befragung des Personenkreises über Motivation, Zielstellung und Initiatoren der Aktion wurde Kleim als Verfasser des Textes des Pamphletes sowie Initiator der gesamten Aktion ermittelt. Der gesamte Personenkreis bekannte, daß er mit diesen Handlungen politisch demonstrativ seine ablehnende Haltung gegenüber den staatlichen Maßnahmen und damit seine Solidarisierung mit den Inhaftierten zum Ausdruck bringen wollte. Alle Personen wurden belehrt, verwarnt und unmittelbar nach Abschluß dessen entlassen. Bereits während der Befragung des Personenkreises erfolgte durch den Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Kreises Naumburg für Inneres eine Information an den Rektor des KOS

Dieser distanzierte sich von den Aktivitäten und sicherte eine weitere disziplinierende Einflußnahme auf diesen Personenkreis zu.

Durchschläge/Durchschriften: .... Stck. Geschrieben: .... Gesehen: ....

FA 4039

Eingangsdatum: .... Uhrzeit: .... Anfang: .... Ende: .... Nachr.-Sachbearb.: ....

KOPIE BStU

Telegramm der Bezirksverwaltung Halle des MfS an die Stasi-Zentrale in Ost-Berlin vom 3. Februar 1988, einen Tag nach der Naumburger Demonstration. **Quelle: Archiv Michael Kleim / BStU**

mit den Ostberliner Oppositionskreisen verknüpft waren, gab es die starke Motivation für eine solidarische und sichtbare Gegenreaktion.

Bei der Planung des Solidaritätsprotestes entschieden sich die Naumburger Aktivisten dafür, daraus eine grundsätzliche Demonstration gegen staatliche Willkür und für Meinungsfreiheit zu gestalten. Am 2. Februar gegen 16.30 Uhr kamen 18 Personen aus verschiedenen Richtungen auf dem zentralen Naumburger Marktplatz zusammen. Sie hatten als Zeichen der herrschenden Unmündigkeit ihre Münder mit weißen Tüchern verbunden, die sie während der Aktion symbolisch abnehmen wollten. Mit dieser Geste sollte die Ermächtigung zu eigener Freiheit ausgedrückt werden. In der während der Demonstration teilweise verlesenen und danach weiter verbreiteten Erklärung hieß es: „*Wir machen von unserem verfassungsmäßig garantierten Recht der Gewissens- und Meinungsfreiheit Gebrauch.* […] *Bezugnehmend auf die Ereignisse in Berlin und in anderen Städten der DDR und aufgrund eigener Erfahrungen müssen wir feststellen, daß o.*[ben] *g.*[enannte] *Rechte nicht gewährleistet sind. Wenn wir uns in unserem Selbstverständnis als mündige Bürgerinnen und Bürger mit unserem Anliegen an die Öffentlichkeit wenden, möchten wir das nicht als ‚staatsfeindliche Provokation‘ oder ‚antisozialistische Propaganda‘, sondern als zeichenhafte, bewußt gewaltfreie Handlung verstanden wissen. Jeder Einzelne von uns hat sich durch die persönliche Betroffenheit über die offensichtlichen Mißstände zu diesem Schritt entschlossen.*“

Nur wenige Stunden vor Demonstrationsbeginn erhielt das MfS durch eine Denunziation Kenntnis von der geplanten Aktion. Durch den gemeinsamen Einsatz von Stasi, Volks- und Kriminalpolizei – insgesamt über 30 „Sicherheitskräfte“ – wurde die Demonstration brachial unterbunden. Die Teilnehmenden wurden abgeführt und verhört. Auch zu Fotografien, wie unsererseits geplant, um die Aktion zu dokumentieren, kam es nicht mehr.

Mit ihrem Selbstbewusstsein und ihren grundlegenden Forderungen nahmen die Demonstrierenden in Naumburg allerdings vorweg, was nur 20 Monate später als Friedliche Revolution die gesamte DDR erfassen sollte und das Ende der SED-Diktatur besiegelte.

Der Hauptgrund, weshalb die Naumburger Demonstration überregional kaum wahrgenommen wurde, war ein logistisches Problem im Zeitalter ohne Internet und mit nur wenigen Telefonen. Aufgrund der in Berlin erfolgten Verhaftungswelle Mitte bis Ende Januar waren wichtige Kontaktpersonen für uns schlichtweg nicht mehr erreichbar. Die Ostberliner Szene befand sich im Ausnahmezustand. Deshalb konnten Informationen über die Aktion in Naumburg nicht wie geplant innerhalb der DDR-Opposition weiterverbreitet oder an westliche Medien weitergeleitet werden. Damit blieb die Wirkung dieser mutigen Geste auf das lokale Umfeld und das Oberseminar begrenzt.

Die Beteiligten[2] an der Demonstration am 2. Februar 1988 in Naumburg

Jana Bransche, Claudia Buhlmann, Christian Dietrich, Ilona Eisner, Diana Engel, Elisabeth Gümbel, Isabel Heyda, Ines Kleim, Michael Kleim, Andreas Kunz, Dorothea Kunz, Mathias Meyer, Andreas Neumann-Nochten, Christoph Radke, Andreas Schaller, Ulrike Stein, Karin Urban und Bettina Walther.

Nachspiel

Bei den leitenden SED-Funktionären lagen in diesen Tagen die Nerven blank. Das brutale Vorgehen gegen die DDR-Opposition in Ost-Berlin zuvor hatte viel Staub aufgewirbelt. Westliche Medien berichteten ausführlich, die DDR-Führung geriet unter Druck. Die nachgeordneten Behörden und Dienststellen in der Provinz blieben davon nicht unberührt. Weiteren Ärger durch ein „paar provokative Demonstranten“ konnte oder wollte man nicht zulassen. Vermutlich liefen die staatlichen Reaktionen deshalb – zumindest nach außen sichtbar – vergleichsweise glimpflich ab. Die Aktion war von den Beteiligten gleichberechtigt vorbereitet und gemeinsam durchgeführt worden. Da die Stasi den individualistisch-anarchischen Charakter der Naumburger Szene nie wirklich begreifen konnte, suchten sie nach einem angeblichen Rädelsführer. Sie entschieden sich schließlich für meine Person. Wahrscheinlich nur, weil ich auf dem Marktplatz für die Verlesung der Erklärung zuständig war. In der Konsequenz erhielt ich wenige Tage später einen polizeilichen Brief wegen „Störung des sozialistischen Zusammenlebens“. Der Vorwurf in der „Ordnungsstrafverfügung“ des Volkspolizei-Kreisamtes Naumburg vom 4. Februar 1988 lautete, ich sei „*maßgeblich an der Organisierung einer Zusammenkunft beteiligt* [gewesen], *die geeignet war, gesellschaftliche Interessen zu mißachten und die öffentliche Ordnung und Sicherheit störten.*“

Meine Beschwerde gegen diesen Bescheid wurde abgelehnt und brachte die Verantwortlichen, wie in den Stasi-Unterlagen nachzulesen ist, noch mehr in Rage. Zumindest finanziell führte die staatliche Schikane zu keiner Belastung: Die städtische Solidarität mit uns Demonstranten sorgte für eine Spendenaktion, die die Strafkosten in Höhe von 250,85 Mark vollständig deckte.

Nach Lektüre in den MfS-Akten wurde den Betroffenen allerdings ersichtlich, dass die Geheimpolizei hinter den Kulissen durchaus die Daumenschrauben angezogen hatte. Alle an der Demonstration Beteiligten wurden registriert. Vielfach wurden „Operative Vorgänge“ (OV) eingeleitet. Dies war mit sogenannten „Zersetzungsmaßnahmen“ verbunden, was verschiedene Belastungen, Eingriffe und Schikanen im Privat- und Berufsleben umfassen konnte. Zudem sammelte die Stasi über mehrere Personen belastenedes Material, um damit zukünftig politische Strafprozesse vorzubereiten. Dazu kam es dank der Ereignisse im Folgejahr 1989 nicht mehr.

Nicht vergessen …

Noch immer gibt es überraschende Erkenntnisse darüber, welchen Mut und welche Phantasie Menschen in der DDR aufgebracht haben, um gegen die Lähmung und Willkür einer Diktatur anzukämpfen. Nicht alles wurde dokumentiert, manches übersehen. Noch immer können wir Erstaunliches entdecken und erzählen. Heute, wo autoritäre Gesellschaftsmodelle wieder an Boden und Einfluss gewinnen, ist die Erinnerung an die Vielfalt des Widerstandes in der DDR eine bitter-süße Notwendigkeit.

Michael Kleim
Pfarrer, Gera

Volkspolizei-Kreisamt
Dienststelle

Naumburg, den 04.02. 19 88

Ordnungsstrafverfügung

Herrn/~~Frau~~
Michael Kleim
Wilhelm-Pieck-Platz 11
N a u m b u r g

4 8 0 0

Zahlungsgrund

konstant	variabel
329	1 4 0 8 6 0 4 2 4 6 1 1

Staatsbank der DDR
3781-30-266
Kontoführendes Kreditinstitut u. Konto-Nr.

Sie haben am 02.02.1988 eine Ordnungswidrigkeit begangen, indem Sie gegen 16.15 Uhr, in Naumburg auf dem Wilhelm-Pieck-Platz, maßgeblich an der Organisierung einer Zusammenkunft beteiligt waren, die geeignet war, gesellschaftliche Interessen zu mißachten und die öffentliche Ordnung und Sicherheit störten.

Ordnungswidrigkeit nach §§ 4 Abs. 1, Ziff. 3 der Verordnung vom 22.03.1984 über Ordnungswidrigkeiten. (GBl. I Nr. 14 S.173)

Es wird daher gegen Sie als Ordnungsstrafmaßnahme

ein ausgesprochen*)

eine Ordnungsstrafe von 250,–Mark (in Worten) Zweihundertfünfzig Mark festgesetzt*)

die Heranziehung zur gemeinnützigen Arbeit an Tagen

sowie verfügt.*

Begründung: Sie verletzten vorsätzlich schuldhaft Ihnen obliegende Rechtspflichten und störten dadurch das sozialistische Zusammenleben der Bürger. Die Ordnungsstrafe soll zu künftigem pflichtgemäßen Verhalten veranlassen.

~~Die gemeinnützige Arbeit ist am~~ ~~in der Zeit von~~ ~~Uhr bis~~ ~~Uhr bei~~

zu verrichten.

Zu den Ordnungsstrafmaßnahmen treten noch 0,85 Mark Auslagen.

Der Gesamtbetrag von

250,85 **Mark**

ist innerhalb von 14 Tagen nach Zustellung dieser Ordnungsstrafverfügung auf das o. g. Konto unter Angabe des variablen Zahlungsgrundes zu überweisen.**

~~Die anderen Ordnungsstrafmaßnahmen sind bis~~ ~~zu erfüllen.~~*

Gegen diese Ordnungsstrafverfügung können Sie innerhalb von zwei Wochen Beschwerde bei der obigen Dienststelle einlegen. Die Beschwerde ist schriftlich einzulegen und zu begründen oder mündlich zu Protokoll zu erklären.

Die Beschwerde hat aufschiebende Wirkung.

Wird innerhalb der gesetzten Frist bzw. nach Rechtskraft dieser Ordnungsstrafverfügung nicht nachgekommen, erfolgt die Beitreibung der Gesamtsumme bzw. die Durchsetzung der anderen Ordnungsstrafmaßnahmen.

Wird innerhalb der gesetzten Frist die gemeinnützige Arbeit nicht durchgeführt oder nicht ordnungsgemäß verrichtet, kann eine Ordnungsstrafe bis in Höhe von Mark verfügt werden.

Leiter des VPKA
Unterschrift

* Nichtzutreffendes streichen.
** Die Angaben im gerahmten Feld sind bei Einzahlungen sowie bei Anfragen und Beschwerden unbedingt anzugeben.

Ordnungsstrafverfügung über 250,85 Mark gegen Michael Kleim aus Anlass der Demonstration am 2. Februar 1988. Quelle: Archiv Michael Kleim

Literaturhinweise

- Schröter, Ulrich / Schultze, Harald (Hg.): Im Schatten des Domes. Theologische Ausbildung in Naumburg 1949–1993, 2. korr. Aufl., Leipzig 2012.
- Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, 2. durchges., erw. und korr. Aufl., Berlin 1998.
- Kowalczuk, Ilko-Sascha (Hg.): Freiheit und Öffentlichkeit. Politischer Samisdat in der DDR 1985–1989. Eine Dokumentation, (= Schriftenreihe des Robert-Havemann-Archivs, Bd. 7), Berlin 2002.
- Goertz, Joachim (Hg.): Die Solidarische Kirche in der DDR. Erfahrungen, Erinnerungen, Erkenntnisse, Berlin 1999.

Quellennachweise / Anmerkungen

1 Schröter, Ulrich / Schultze, Harald (Hg.): Im Schatten des Domes. Theologische Ausbildung in Naumburg 1949–1993, Leipzig 2012, Zitat vom Einbandtext.
2 Namen in der Schreibweise mit Stand des Jahres 1988.